

Ein Schritt vor, zwei Schritte zurück

Der Berliner Weg in der Lehrkräfteausbildung

vom Personalrat der LehramtsanwärterInnen

Wieder muss die Berliner Politik eine vollkommen unvorhersehbare Katastrophe bewältigen: Jedes Jahr gehen derzeit bis zu 1000 Lehrkräfte in den Ruhestand. Damit war offensichtlich nicht zu rechnen, obwohl die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft schon vor Jahren die Pensionswelle vorhergesagt hat.

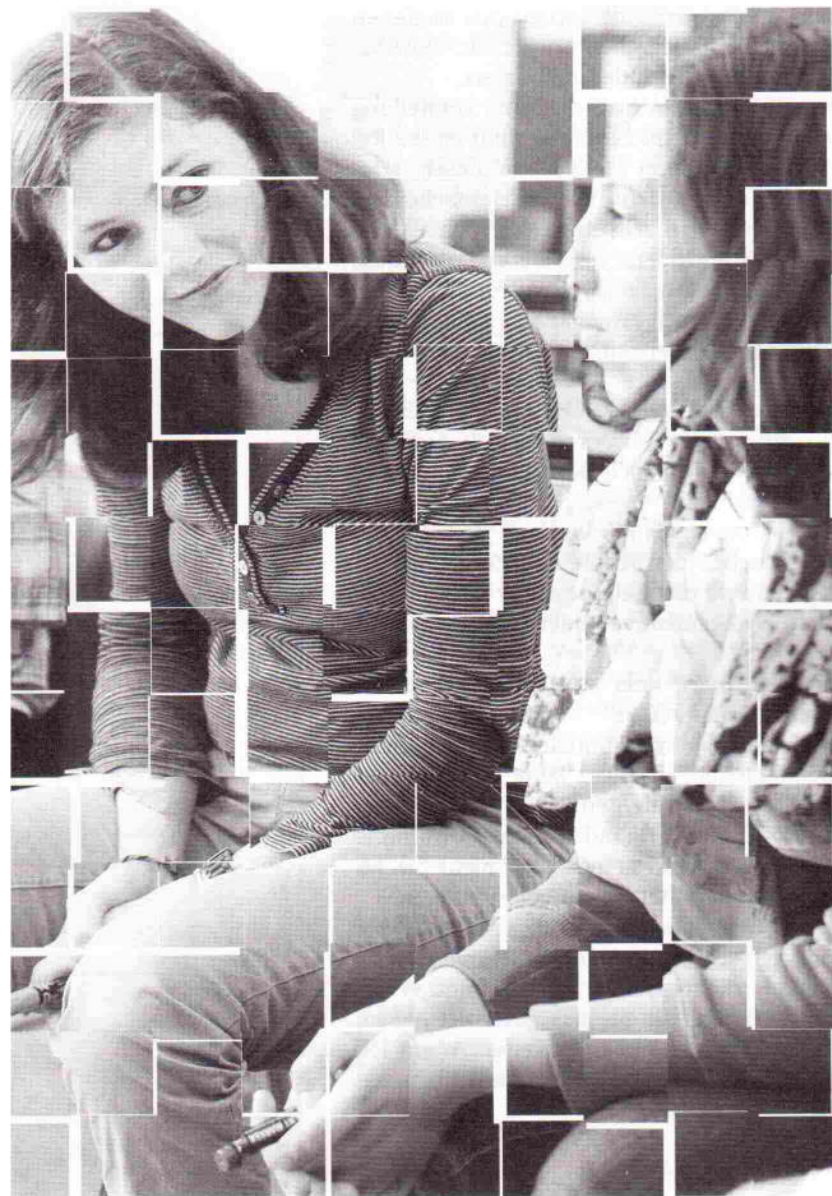
Zuletzt warteten hunderte Studierende mit Erstem Staatsexamen, viele von ihnen mit Bestnoten, auf einen Referendariatsplatz. Sie wurden jedoch immer wieder vertröstet. Jetzt hat Berlin die Voraussetzungen für den Einstieg in den Schuldienst

noch weiter gesenkt. Das Erste Staatsexamen ist derzeit nicht notwendig, auch ein Fachhochschulabschluss ohne pädagogische Studienanteile reicht für eine Bewerbung zum Vorbereitungsdienst aus.

Berliner Widrigkeiten

Monatelang wurde über eine Verbesserung der Ausbildung junger Lehrkräfte verhandelt. Nun tritt das lang ersehnte neue Lehrkräftebildungsgesetz in Kraft und bringt kaum Verbesserungen, wenngleich die einheitliche Ausbildungszeit aller Lehrkräfte von 18 Monaten das Potential hat, viele Probleme der derzeitigen Ausbildung aus der Welt zu schaffen. In den letzten Jahren haben sich die LehramtsanwärterInnen mit den Berliner Widrigkeiten herumschlagen müssen. Ihre Ausbildungsschule erfuhren sie in der Regel erst eine Woche vor Schulbeginn. Für die LehramtsanwärterInnen bedeutete dies, dass es keine Möglichkeit gab, die Schule, in der man 12, 18 oder 24 Monate verbringt, im Vorfeld kennenzulernen. Für die KollegInnen, die das Referendariat in nur einem Jahr absolvieren mussten, war dies besonders problematisch, da ein Wechsel der Schule und der Seminare ausgeschlossen war. Im schlimmsten Fall mussten unzumutbare Fahrtwege, Mobbing, inkompetente Seminar- und Fachseminarleitungen und schlechte Betreuung in den Schulen ausgehalten werden.

Der einjährige Vorbereitungsdienst bot keine Möglichkeiten der inhaltlichen Einflussmöglichkeiten auf die Semingestaltung. Inhalte wurden nur angerissen und vertiefende Bausteine konnten nur freiwillig belegt werden, was bei dem sonstigen



zeitlichen Pensum kaum möglich war. Welche Inhalte aus dem zweijährigen Vorbereitungsdienst bei der Reduktion auf 18 Monate gekürzt werden, ist unklar, aber es lässt eine ähnlich oberflächliche Thematisierung pädagogischer Inhalte vermuten. Sollte es zu keiner Reduktion der Inhalte kommen, wäre die logische Schlussfolgerung, dass die neuen LehramtsanwärterInnen in 18 Monaten das nahezu gleiche Arbeitspensum zu erledigen haben wie im derzeitigen Referendariat in 24 Monaten. Der Personalrat der LehramtsanwärterInnen steht der Senatsverwaltung zur Verfügung, um hierfür eine Lösung zu finden.

Im zweiten Halbjahr des einjährigen Referendariats hatten die jungen KollegInnen effektiv nur zwei Monate Zeit, um vier Unterrichtsbesuche und eine Modulprüfung abzulegen. Dieser erhöhte Leistungsdruck wird mit dem neuen Lehrkräftebildungsgesetz entschärft, da im letzten Ausbildungshalbjahr nur noch ein Unterrichtsbesuch vorgeschrieben ist. Dennoch bleibt der hohe Leistungsdruck in Modulprüfungen, Unterrichtsbesuchen und dem Examen. Nervosität, Schlafstörungen und Angst sind die Folge. Auch der Satz »Das ist die schlimmste Zeit meines Lebens« hört man nicht nur im Seminar, sondern auch von älteren KollegInnen immer häufiger.

Neue Verordnung des Vorbereitungsdienstes

Zur nächsten Einstellungsrunde im August 2014 ist geplant, die regulären Referendariatsplätze auf 2.450 zu erhöhen; gleichzeitig sollen bis zu 600 sogenannte QuereinsteigerInnen eingestellt werden, sodass mindestens 20 Allgemeine Seminare neu eingerichtet werden müssen. Entsprechend müssen auch die Fachseminare erweitert werden. Ob in dieser Schnelligkeit mit einer ausreichenden Qualifizierung der AusbilderInnen zu rechnen ist, ist fraglich, zumal laut Verordnung den Allgemeinen SeminarleiterInnen die Aufgabe zuteil wird, die FachseminarleiterInnen zu qualifizieren. Angesichts dieser Zahlen ist es fraglich, ob die in der Verordnung geregelte Höchstanzahl von elf TeilnehmerInnen pro Fachseminar gehalten werden kann, zumal bereits aktuell Fachseminare mit mehr

als elf TeilnehmerInnen existieren. Es gibt dafür keine Kontrollinstanz. Damit einhergehend steigt der Konkurrenzdruck in den Fachseminaren unter anderem wegen der schwierigen Terminfindung für die wichtigen Unterrichtsbesuche, die sich bei steigender Anzahl von SeminarteilnehmerInnen erhöhen.

Wie kein anderer Begriff prägt das Wort »Kompetenzentwicklung« den Vorbereitungsdienst. In eklatantem Widerspruch dazu steht, dass das Bestehen oder Nichtbestehen des Vorbereitungsdienstes von einem einzigen Prüfungstag abhängt. Dieser Druck stieg in den letzten Jahren vor allem bei den LehramtsanwärterInnen, die das einjährige Referendariat abgelegt haben. Der Anspruch an ihre Examenstunden schien am Ausbildungsstand eines zweijährigen Referendariats gemessen worden zu sein. Diese Entwicklung bleibt auch bezüglich der Verkürzung der Studienratsausbildung zu befürchten.

Berliner Weg

Die einheitliche Ausbildung aller Lehrkräfte in 18 Monaten ist grundsätzlich zu befürworten, jedoch bedarf es guter Vorbereitung. Eine Stellungnahme des Personalrats der LehramtsanwärterInnen zur neuen Verordnung für den Vorbereitungsdienst ist nicht vorgesehen. Dies zeigt, dass die Betroffenen wieder kein Gehör finden sollen. Es wird dann an uns liegen, den KollegInnen beizustehen, wenn die Politik wieder an den Bedürfnissen der Schulen und der jungen Lehrkräfte vorbei ihre Projekte umsetzt.

Welche Folgen die bildungspolitischen Experimente der vergangenen Jahre für Berlin haben, zeigt sich in der Ausweitung des Quereinstiegs in den Schuldienst. Diese Ausweitung ist ein Armutszeugnis für unsere Stadt. Wenngleich die Teilzeitregelung im neuen Lehrkräftebildungsgesetz sowie die Anpassung der Ausbildungszeit auf 18 Monate positive Effekte haben können, wird gleichzeitig mit der Ausweitung des Quereinstiegs die pädagogische Ausbildung an der Universität und der Schule weiter abgewertet.

Statt die Qualität der Ausbildung Hand in Hand mit den jungen Lehrkräften spürbar zu verbessern, sollen unsere SchülerInnen von pädagogischen Laien unterrichtet werden. Ob Berlin wirklich arm ist, mögen wir nicht beurteilen, sexy ist diese Stadt auf jeden Fall für die kommende Generation von SchülerInnen nicht mehr.

Um dem Lehrkräftemangel in Berlin entgegenzuwirken, bedarf es einer anderen Strategie als das Herabsenken der Parameter für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst. Wir brauchen eine gute Ausbildung für Lehrkräfte, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit und dies schließt Beamte und Angestellte genauso ein wie GrundschullehrerInnen und StudienrätInnen. Berlin und die Berliner SchülerInnen brauchen qualifizierte Lehrkräfte und faire Arbeitsbedingungen und keine Experimente! ■